



Thüringer Aufbaubank

Die Förderbank.

Thüringer Kommunalmonitor 2021

Kommunale Bedarfstrends auf den Punkt gebracht.



Ausführlicher Ergebnisreport 2021

Stand: 26.11.2020

Inhalt

| | |
|----|-------------------------------------|
| 6 | Die Resonanz in den Kommunen |
| 8 | Erfahrungen mit Corona |
| 12 | Kommunen in Haushaltssicherung |
| 15 | Aktuelle Gesamtfinanzsituation |
| 16 | Bedarf an personellen Ressourcen |
| 20 | Bedarf an Investitionsmitteln |
| 36 | Hemmnisse der Investitionstätigkeit |
| 39 | Zusammenfassung der Ergebnisse |
| 42 | Methodisches Vorgehen |

Vorwort

Pünktlich zum Jahresanfang stehen die Ergebnisse des 3. Thüringer Kommunalmonitors zur Verfügung. Erfreulicherweise wieder mit einer steigenden Zahl an Rückmeldungen. Wir freuen uns, dass die Ergebnisse für das Jahr 2021 auf fast 100 Rückmeldungen der Thüringer Kommunen basieren und damit eine noch höhere Repräsentativität der Lage der Kommunen in Thüringen widerspiegeln. Die Pandemie ist auch in 2021 wieder eines der wesentlichen Themen. Gleichwohl ist es erfreulich zu hören, dass die bisherigen Programme zur Milderung der Folgen aus der Pandemie für die Thüringer Kommunen angemessen und nach Einschätzung der meisten Kommunen zunächst ausreichend waren.

Neben den Auswirkungen aus der Corona-Pandemie gab es natürlich noch zahlreiche andere Themen die erfragt und im neuen Kommunalmonitor zusammengefasst wurden. Themen wie Digitalisierung, Wohnraum, Nachhaltigkeit und soziale Infrastruktur standen in diesem Jahr neben den allgemeinen Investitionstrends im Mittelpunkt und ergaben interessante Ergebnisse. Wie auch in den Vorjahren nehmen wir Ihre Bedarfe und Herausforderungen ernst und werden entsprechende interne Maßnahmen ausloten und mit den Ministerien in Thüringen die Ergebnisse diskutieren.

Ich danke Ihnen für Ihre Teilnahme und wünsche viel Vergnügen beim Lesen.

Ihr



Matthias Wierlacher, Vorstandsvorsitzender der Thüringer Aufbaubank



Die Resonanz in den Kommunen



Rücklauf nach Einwohner*innenzahl

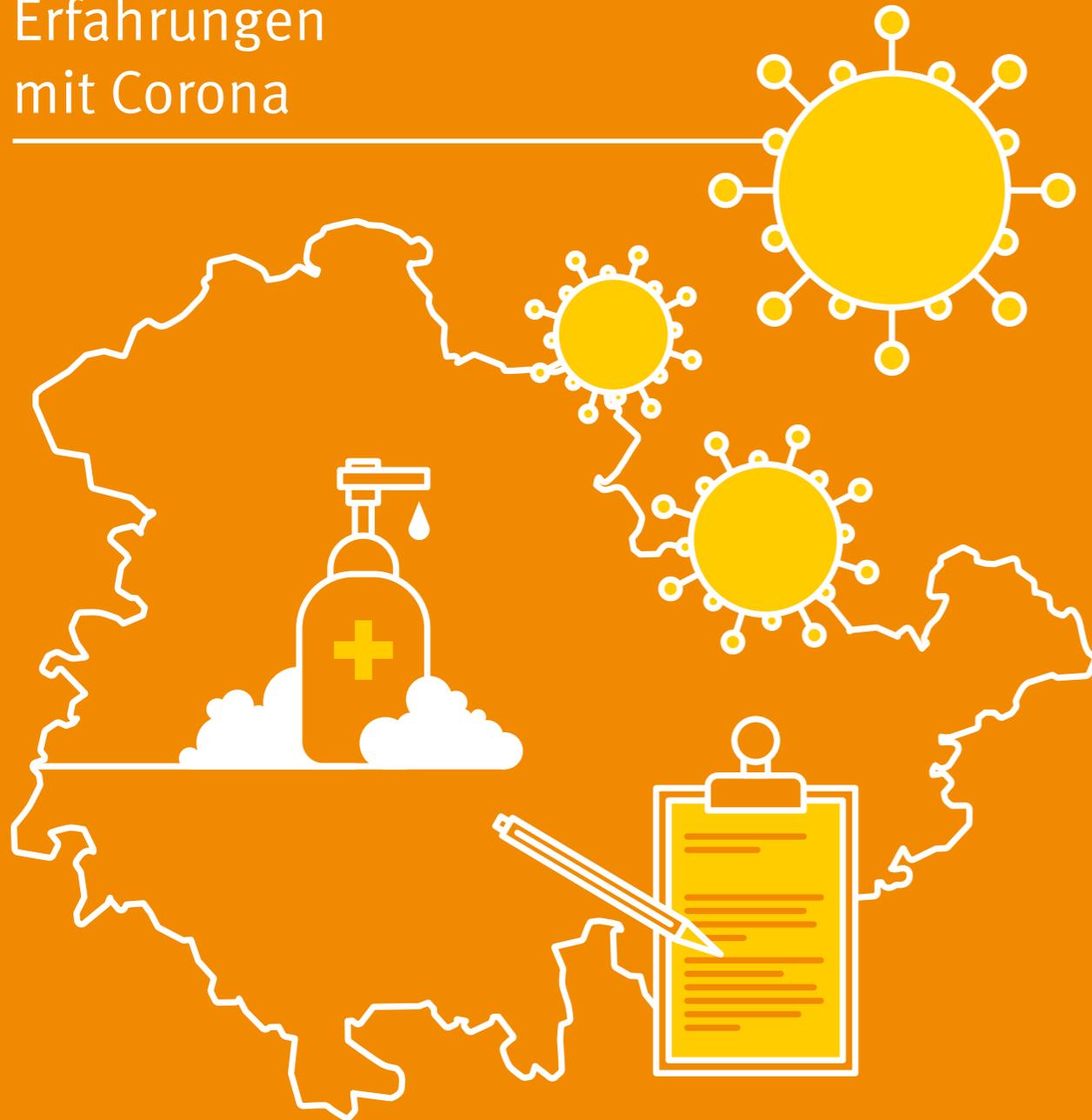
Das Interesse am Thüringer Kommunalmonitor wächst. In diesem Jahr wurden 209 Verwaltungsspitzen von 58 Gemeinden, 91 Städten, 43 Verwaltungsgemeinschaften (VG) und 17 Landkreisen (LK), die wir hier als Kommunaltypen bezeichnen, per Post und z. T. per E-Mail angeschrieben. Insgesamt haben sich 95 der 209 angeschriebenen Thüringer Kommunen beteiligt. Das entspricht einer Beteiligungsquote von rund 46 Prozent (2020: 32 Prozent). Seit der Erstauflage des Thüringer Kommunalmonitors im Jahr 2019 ist das die beste Resonanz unter den Kommunen.

| Einwohnerzahl | Gemeinden | Städte | VG | Landkreise | Gesamt |
|-----------------------------|-----------|-----------|-----------|------------|-----------|
| Unter 3.000 Ew. | 8 | 2 | 0 | 0 | 10 |
| 3.000 bis unter 5.000 Ew. | 9 | 10 | 1 | 0 | 20 |
| 5.000 bis unter 10.000 Ew. | 9 | 16 | 9 | 0 | 34 |
| 10.000 bis unter 30.000 Ew. | 0 | 13 | 2 | 0 | 15 |
| 30.000 bis unter 50.000 Ew. | 0 | 4 | 0 | 0 | 4 |
| 50.000 und mehr Ew. | 0 | 2 | 0 | 10 | 12 |
| Gesamt | 26 | 47 | 12 | 10 | 95 |

Anzahl der Kommunen

Kleine, mittlere und große Gemeinden sind in der realisierten Stichprobe relativ gleich verteilt. Bei den Städten bilden Orte zwischen 5.000 und 10.000 Einwohner*innen die größte Gruppe. Gleiches trifft auf die Verwaltungsgemeinschaften zu. Die zehn in der Befragung vertretenen Landkreise befinden sich plausiblerweise alle in der Gruppe mit 50.000 und mehr Einwohner*innen.

Erfahrungen mit Corona



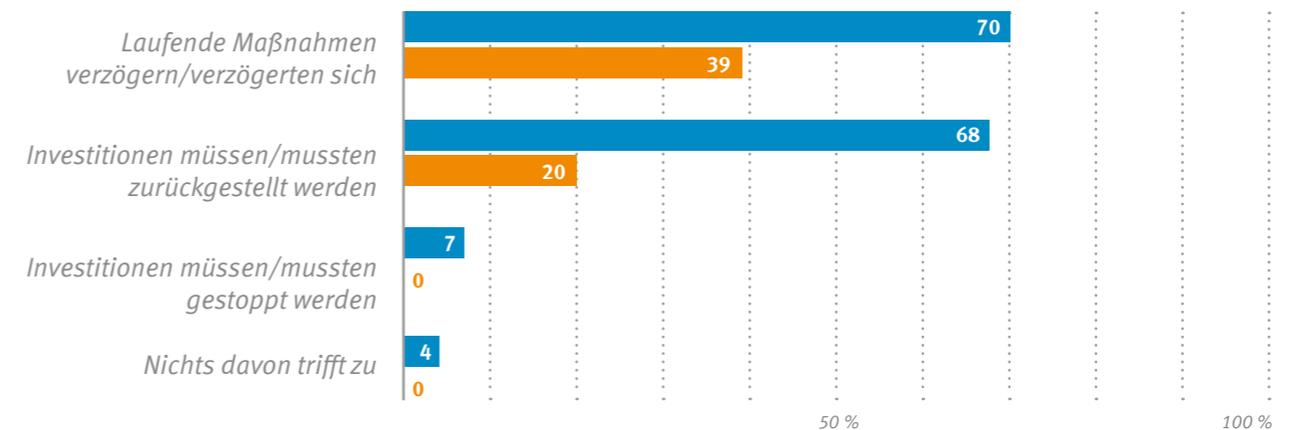
Auswirkungen auf die Investitionstätigkeit

Welche Auswirkungen auf die Investitionstätigkeit erwarten Sie in Folge der Corona-Krise? Welche Auswirkungen hatte die Corona-Pandemie auf die Investitionstätigkeit im Jahr 2021?

Die von den Kommunen in der Befragung von Frühjahr und Sommer 2020 befürchteten Schwierigkeiten bei der Umsetzung der geplanten Investitionstätigkeiten durch die Corona-Pandemie haben sich nicht in dem damals angegebenen Umfang bestätigt. Deutlich weniger Befragte gaben in der aktuellen Umfrage Verzögerungen oder Rückstellungen bei Investitionen an. Dennoch berichten 39 Prozent der aktuell befragten Kommunen von Verzögerungen und bei 20 Prozent der Kommunen mussten Investitionen zurückgestellt werden.

Alle befragten Kommunen

■ = 2020 (N=84) ■ = 2021 (N=95) Angaben in Prozent

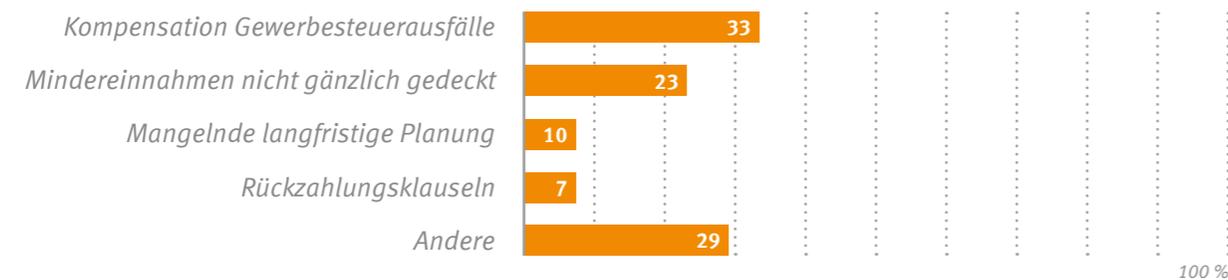


Kompensationsleistungen in Folge von Corona

Für die große Mehrheit der befragten Kommunen (60 Prozent) waren die Kompensationsleistungen aus finanziellen Zuwendungen und Förderprogrammen zur Bekämpfung der Folgen aus der Corona-Pandemie ausreichend. Etwa ein Drittel der Befragten antwortet mit NEIN, war also nicht zufrieden und hätte mehr Unterstützung benötigt. Zusammengefasst werden von diesen Befragten die folgenden Erwartungen an die Kompensationsleistungen genannt.

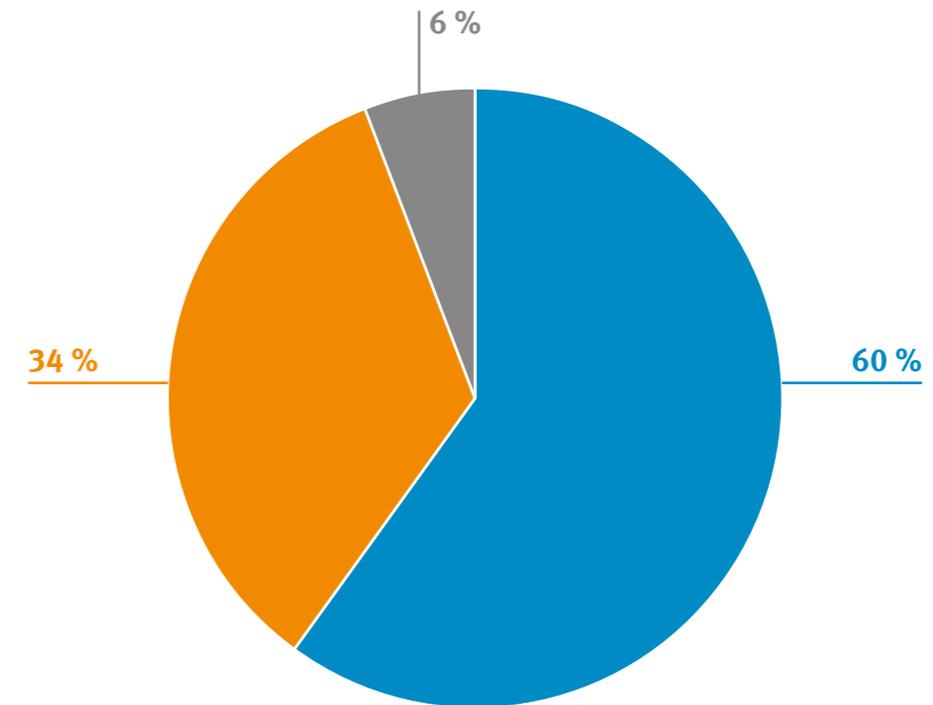
Erwartungen der Kommunen, denen die Leistungen nicht ausreichen:

(N = 31), Angaben in Prozent



Waren die Kompensationsleistungen für die Kommunen 2020 ausreichend?

■ = Ja ■ = Nein ■ = keine Angabe

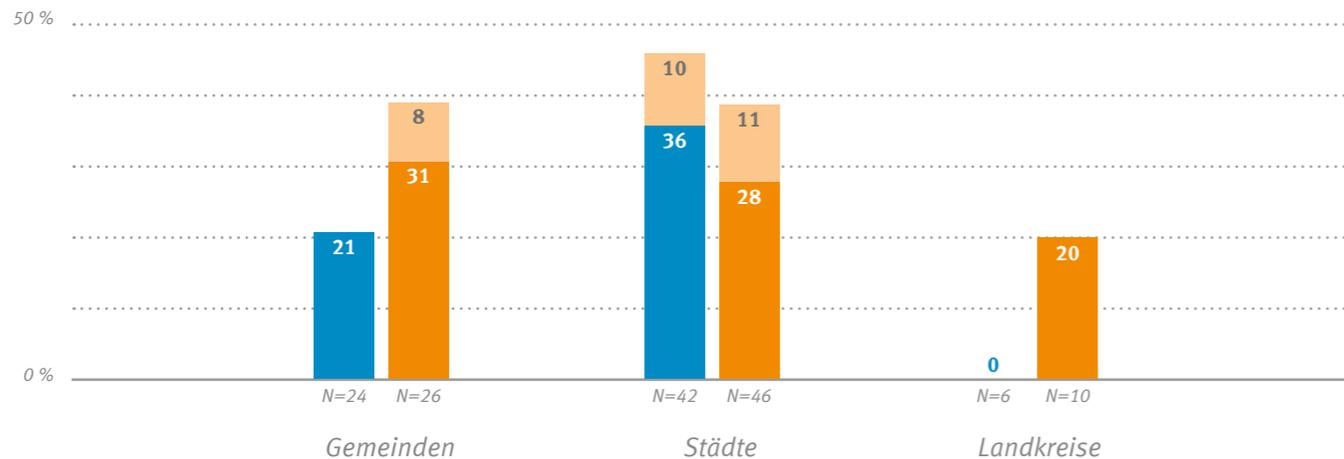


Kommunen in Haushaltssicherung

In der aktuellen Befragung ist der Anteil der Gemeinden, die ein verpflichtendes Haushaltssicherungskonzept haben, angestiegen. Auch geben 20 Prozent der Landkreise nun an, ein Haushaltssicherungskonzept zu haben. Bei den Städten ist der Anteil der verpflichtenden Haushaltssicherung dagegen gesunken. Der Anstieg bei den Gemeinden und Landkreisen ist wahrscheinlich nicht auf die Folgen der Corona-Pandemie zurückzuführen. Nur eine Kommune gab an, dass die Auswirkungen der Corona-Pandemie eine Haushaltssicherung notwendig machte. In VGs arbeiten kaum Gemeinden mit einem Haushaltssicherungskonzept. Bei drei VGs betrifft das je eine und bei zwei VGs jeweils 3 Gemeinden.

■ = 2020 ■ = 2021 ■ = freiwillig

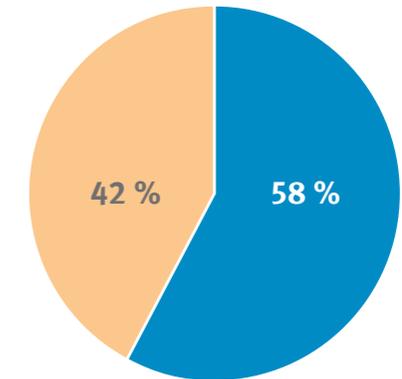
Angaben in Prozent



Haushaltssicherungskonzepte (HSK) in Verwaltungsgemeinschaften

VG (N = 12)

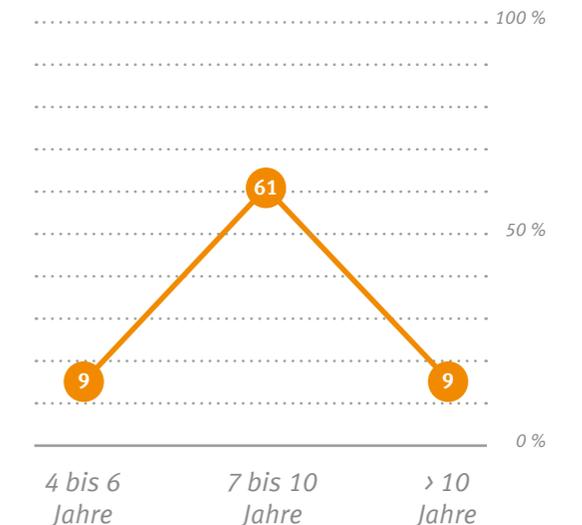
- = kein HSK
- = HSK für alle Mitgliedsgemeinden (MGG)
- = HSK für einen Teil der MGG



Geplanter Konsolidierungszeitraum bei verpflichtender Haushaltssicherung

Rund 61 Prozent und damit die Mehrheit aller Kommunen in verpflichtender Haushaltssicherung gaben an, dass ein Konsolidierungszeitraum von 7 bis 10 Jahren notwendig wird.

(N = 23), Angaben in Prozent
fehlende Werte zu 100 = keine Angabe



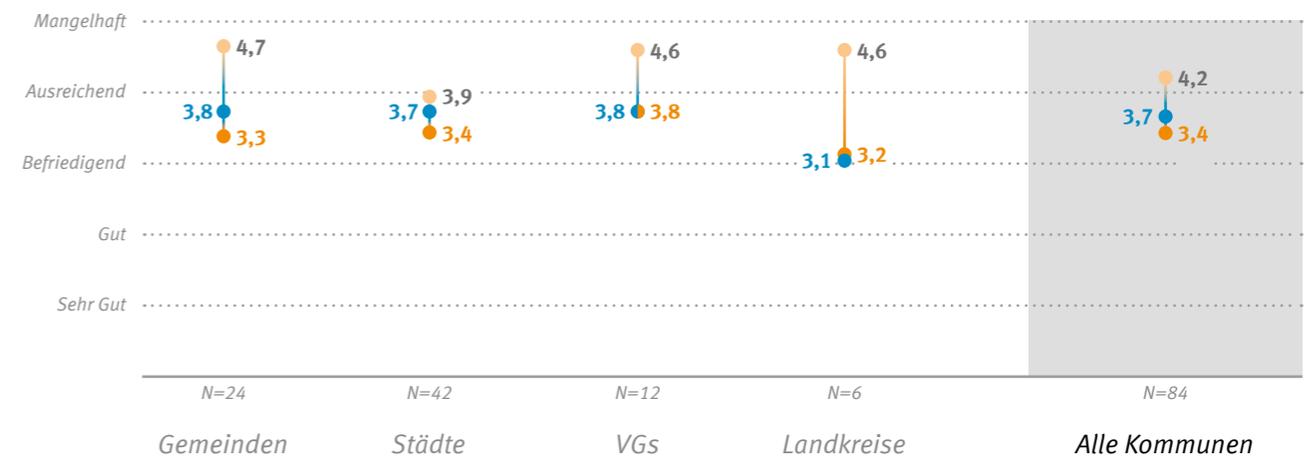


Aktuelle Gesamtsituation

Wie schätzen Sie Ihre aktuelle Gesamtsituation ein?

Im Vergleich zur Lagebeurteilung aus dem Jahr 2019 herrscht bei den Kommunen immer noch ein verhaltener Optimismus. Dennoch hat sich die Wahrnehmung der aktuellen Gesamtsituation unter den befragten Kommunen im Vergleich zum Frühjahr und Sommer 2020 wieder etwas verschlechtert. Insbesondere bei den Städten und Gemeinden hat sich die Sicht auf die Gesamtsituation eingetrübt. Die Gemeinden und Städte stufen ihre Finanzsituation im Durchschnitt als ausreichend und damit etwas kritischer als im letzten Jahr ein. Bei den Verwaltungsgemeinschaften hat sich nichts geändert. Diese beurteilten die Situation der Mitgliedsgemeinden auch im letzten Jahr schon als ausreichend. Die befragten Landkreise dagegen sehen eine leichte Verbesserung. Sie tendieren heute in ihrer Einschätzung stärker zu einer befriedigenden Lage als noch vor einem Jahr.

Mittelwerte ■ = 2021 ■ = 2020 ■ = 2019



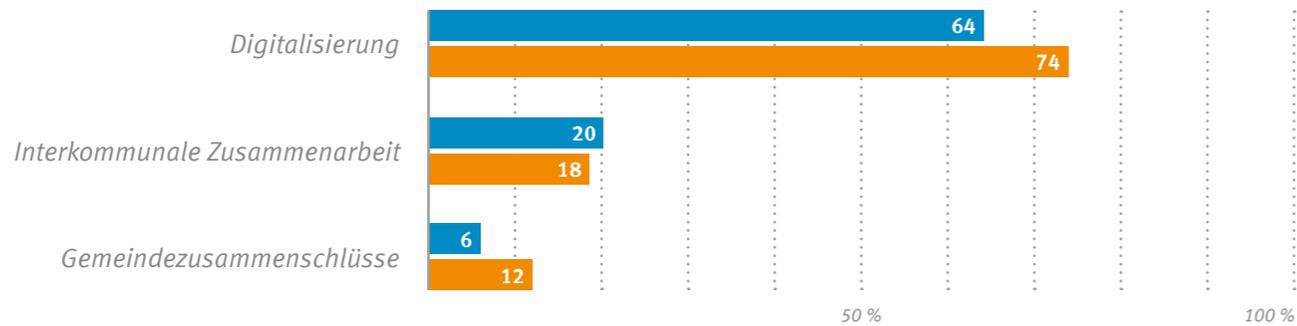
Personalbedarf in den nächsten drei Jahren

In welchen Bereichen werden in den nächsten drei Jahren zusätzliche personelle Ressourcen gebraucht?

Die Digitalisierung gewinnt in den Kommunen zunehmend an Bedeutung. Das zeigt sich darin, dass mittlerweile fast drei Viertel aller Befragten hier einen zusätzlichen personellen Bedarf sehen. Auch im Zusammenhang mit den Arbeiten bei Gemeindezusammenschlüssen wird zunehmend Personalbedarf angemeldet.

Alle befragten Kommunen – Strategischer Bereich

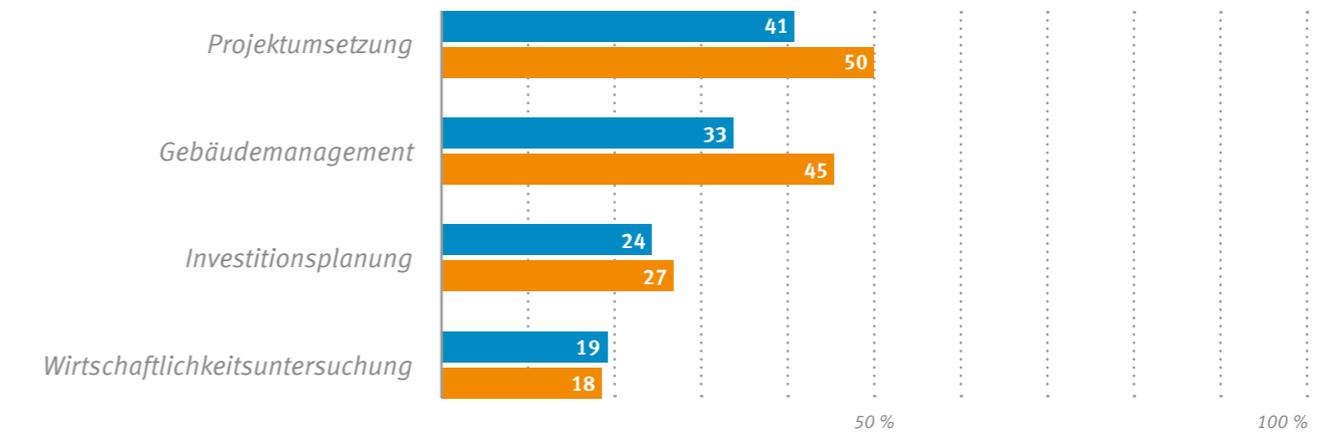
■ = 2020 (N=84) ■ = 2021 (N=95) Angaben in Prozent



Auf dem Gebiet der Investitionstätigkeit wird zunehmend Fachpersonal in den Handlungsfeldern Gebäudemanagement sowie bei der Projektumsetzung benötigt. Mit Anteilen von 45 bis 50 Prozent aller befragten Kommunen besteht innerhalb des Investitionsbereichs der größte zusätzliche Personalbedarf.

Alle befragten Kommunen – Investitionsbereich

■ = 2020 (N=84) ■ = 2021 (N=95) Angaben in Prozent



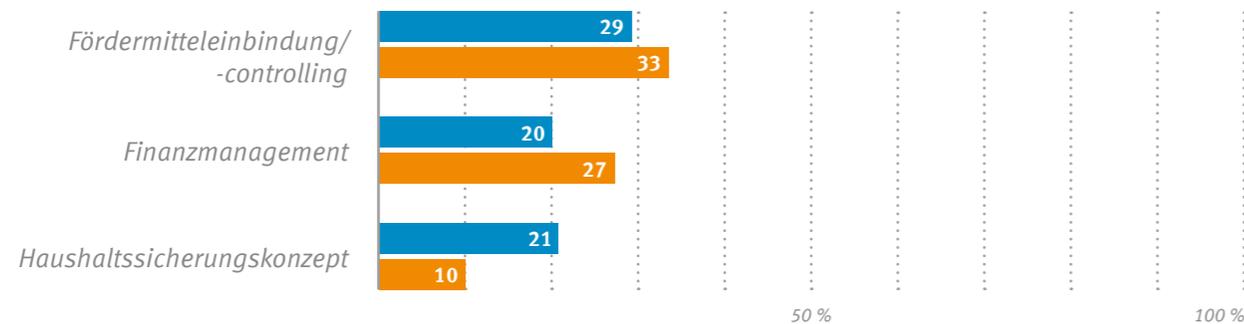
Personalbedarf in den nächsten drei Jahren

In welchen Bereichen werden in den nächsten drei Jahren zusätzliche personelle Ressourcen gebraucht?

Die Fördermittelverwaltung sowie das Finanzmanagement sind bei der Finanzverwaltung die Bereiche mit wachsendem zusätzlichem Personalbedarf. Rund 33 bzw. 27 Prozent der Kommunen geben hier zusätzlichen Personalbedarf an.

Alle befragten Kommunen – Finanzverwaltung

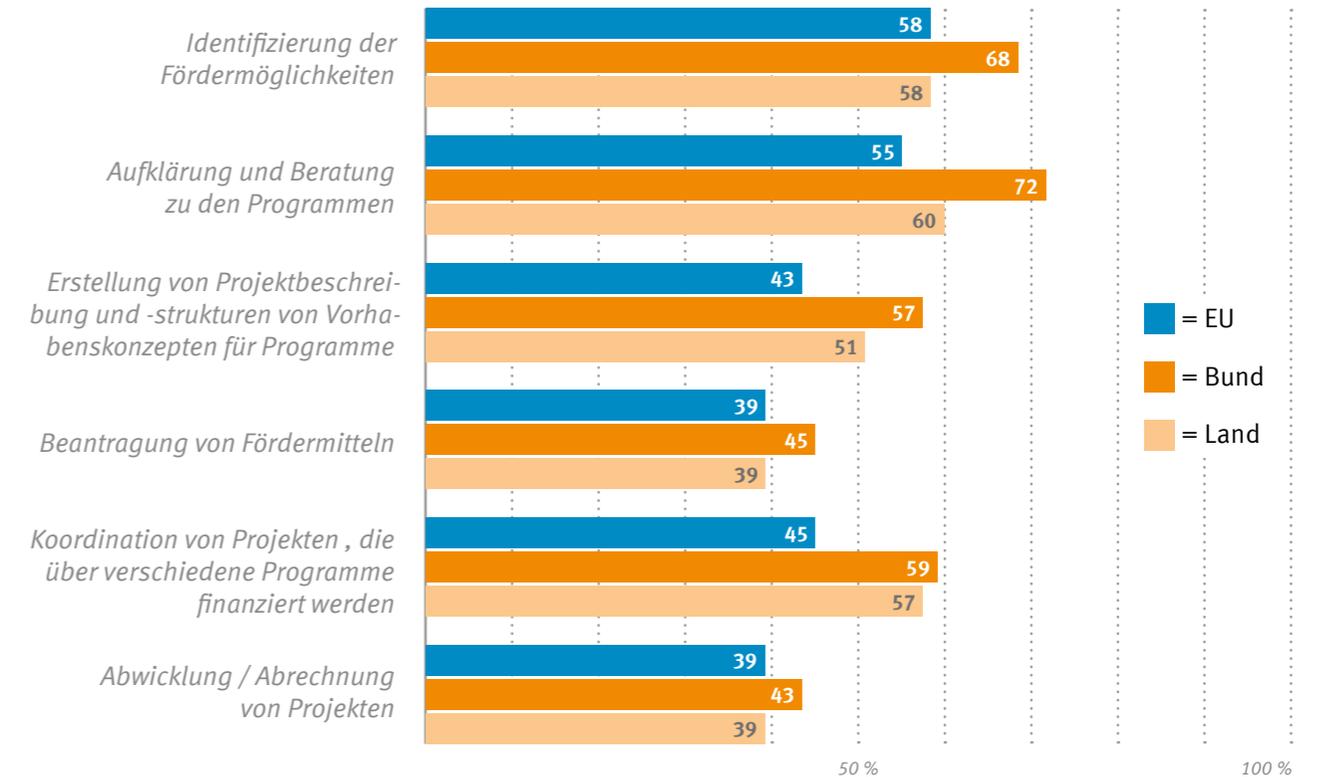
■ = 2020 (N=84) ■ = 2021 (N=95) Angaben in Prozent



Personelle Unterstützungen notwendig

bei der Auswahl, der Beantragung und der Abrechnung von Fördermitteln bei folgenden Fördermittelgebern

Den größten Bedarf an personeller Unterstützung sehen die Kommunen bei der Bearbeitung von Förderprogrammen des Bundes. Daneben sind es vor allem die Querschnittsaufgaben, wie die Identifikation von Fördermöglichkeiten, die Beratung zu Programmen und die Koordination von Projekten über verschiedene Programme, bei denen sich viele Kommunen mehr personelle Hilfe wünschen.



Bedarf an Investitionsmitteln

Den infrastrukturellen Herausforderungen im Zuge des demographischen Wandels begegnen die Kommunen überwiegend mit dem Aus- und Umbau der vorhandenen Substanz. In den Gemeinden und Städten hat darüber hinaus der Erhalt durch Sanierung Priorität vor dem Neubau. In allen befragten Kommunen stehen Investitionen in die Verwaltungsdigitalisierung und die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur an vorderster Stelle.

Für Landkreise und kreisfreie Städte stehen die Investitionen in Schulen und in die Breitbandversorgung stark im Fokus.

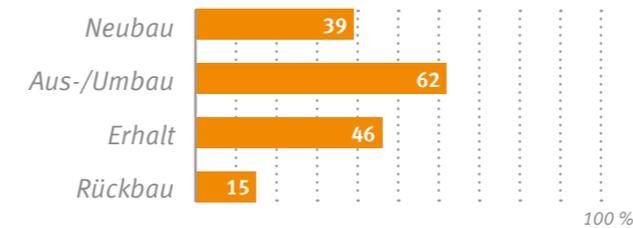
Aufgenommen in Erfurt



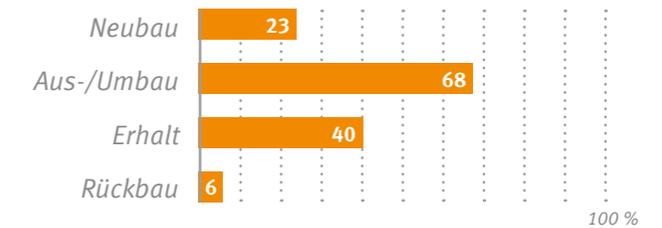
Trend der Gestaltung der Infrastruktur vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung

Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen möglich

Gemeinden
(N=26)



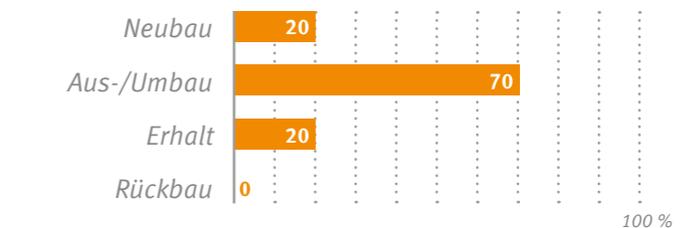
Städte
(N=47)



Verwaltungsgemeinschaften
(N=12)



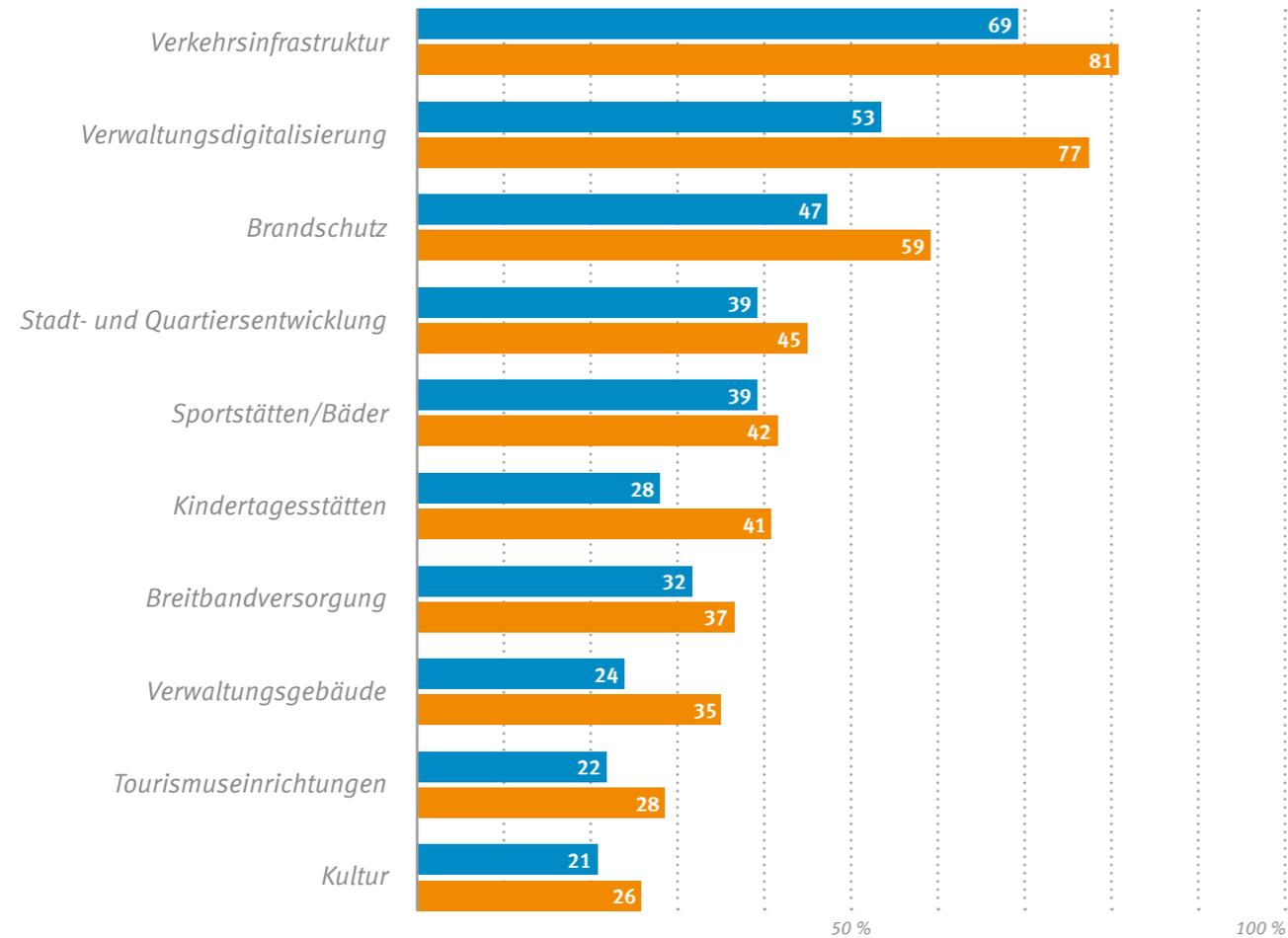
Landkreise
(N=10)



Investitionsmittelbedarf - Dreijahreshorizont

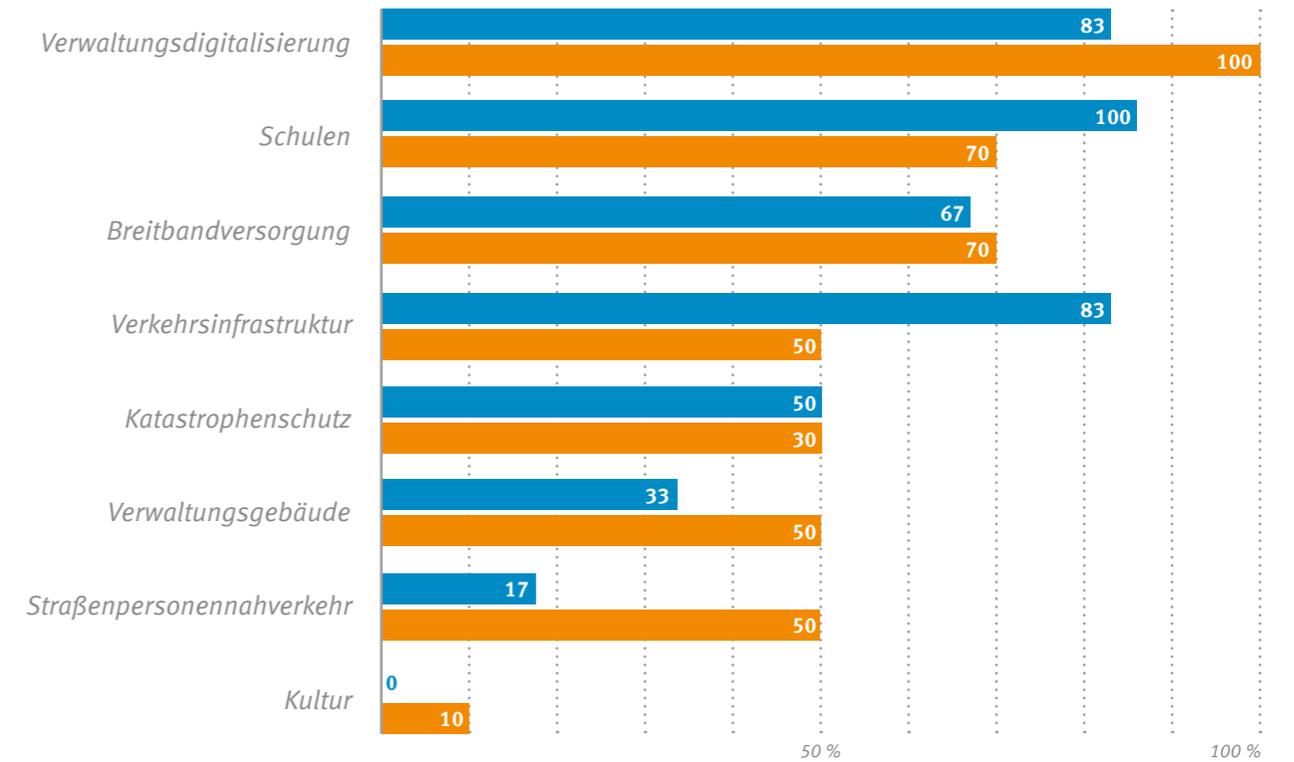
Hohe Wichtigkeit TOP 10 - Gemeinden, Städte und Verwaltungsgemeinschaften:

■ = 2020 (N=78) ■ = 2021 (N=85)



Hohe Wichtigkeit - Landkreise:

■ = 2020 (N=6) ■ = 2021 (N=10)



Investitionsbedarf bei der Straßeninfrastruktur

Gesamtübersicht aller Gemeinden, Städte und Verwaltungsgemeinschaften

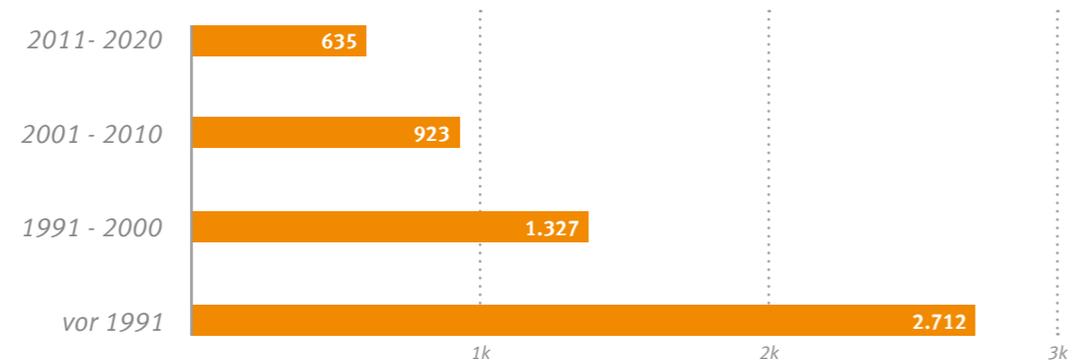
In den kommenden Jahren ist in den Thüringer Kommunen mit einem hohen Investitionsbedarf für die Erneuerung der Straßeninfrastruktur zu rechnen. Insgesamt verfügen die befragten Gemeinden, Städte und VGs über ein Straßennetz von 5.770 km Länge. Fast 50 Prozent wurden vor mehr als 30 Jahren neu errichtet, grundhaft ausgebaut oder erstmalig hergestellt. Berücksichtigt man noch die 23 Prozent der Straßen, die mindestens 20 Jahre alt sind, besteht in Thüringen ein sehr hoher Investitionsbedarf für die Erneuerung der Straßenverkehrsinfrastruktur.



Aufgenommen in Jena

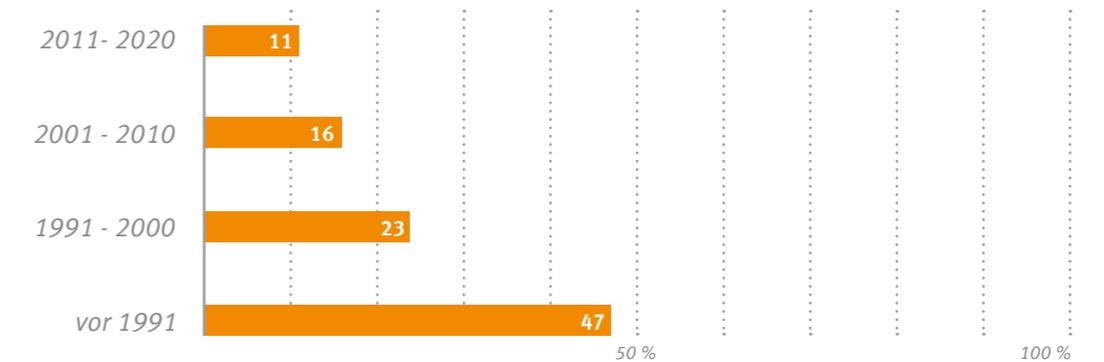
Stand des Aus- und Neubaus der Straßen der Gemeinden, Städte und VGs in km:

Gemeinden, Städte und VGs (N=64)



Prozentualer Anteil des Aus- oder Neubaus der Straßeninfrastruktur:

Durchschnitt aller Prozentangaben der Gemeinden, Städte und VGs (N = 64)





Aufgenommen in Sondershausen

Investitionsbedarf im Bereich Wohnen

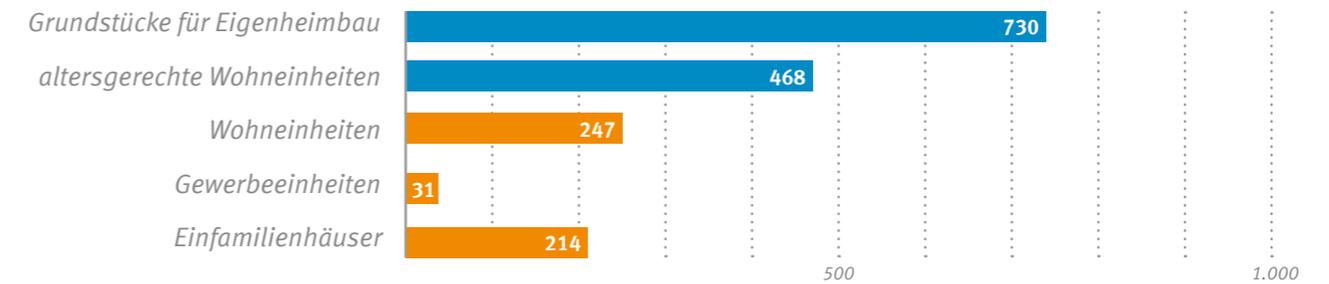
Beim Leerstand von Einfamilienhäusern liegen Gemeinden und Städte fast gleich auf. Freie Wohneinheiten finden wir überwiegend in den Städten, vor allem mit 10.000 bis 30.000 Einwohner*innen. Besonders hoch scheint aber der Leerstand in Städten über 30.000 Einwohner*innen zu sein. Hier ist auch der Bedarf an altersgerechtem Wohnraum am größten. In den Städten mit 10.000 bis 30.000 Einwohner*innen ist dagegen der Bedarf an Grundstücken für den Eigenheimbau auffallend hoch. Einen ähnlich hohen Bedarf meldet der ländliche Raum (Gemeinden und VGs zusammengenommen) an.

Betrachtet man Gemeinden und VGs, dann wird deutlich, dass von den Gewerbeflächen im ländlichen Raum nur wenige ungenutzt sind. Freie Gewerbeeinheiten sind vor allem in den Städten mit mehr als 10.000 Einwohner*innen zu finden.

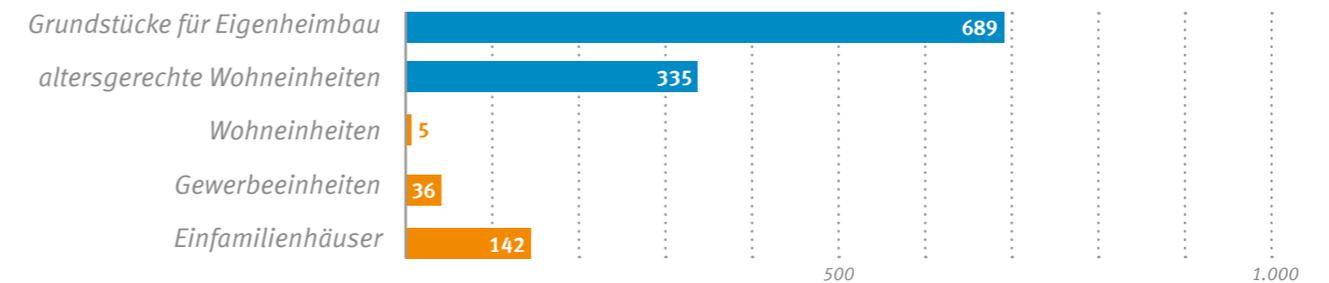
Investitionsbedarf und Leerstände im ländlichen Raum

■ = Bedarf ■ = Leerstand Summen der Angaben

Gemeinden:



Verwaltungsgemeinschaften:



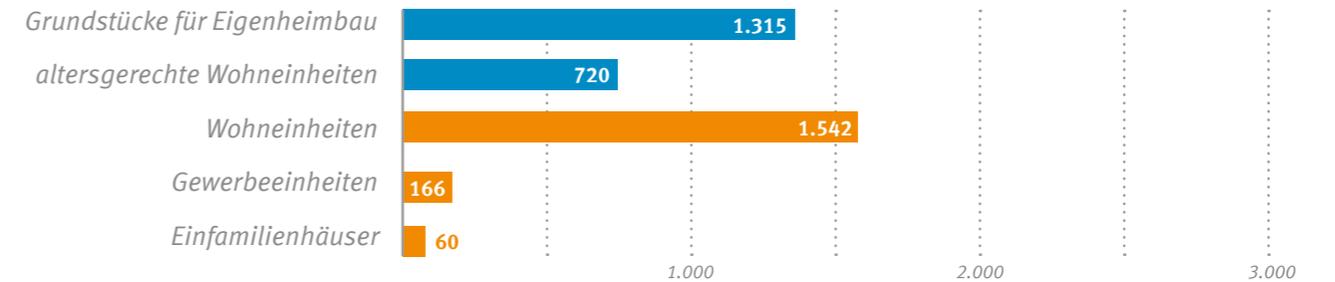
Investitionsbedarf und Leerstände in den Städten

■ = Bedarf ■ = Leerstand Summen der Angaben

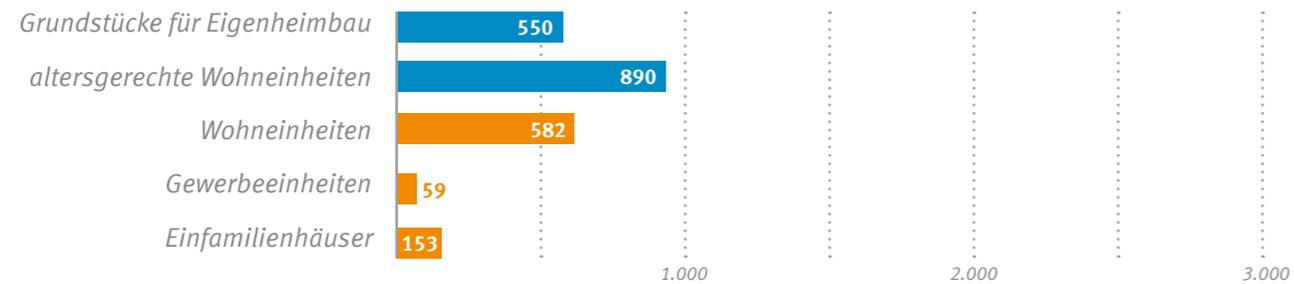
unter 5.000 Einwohner*innen:



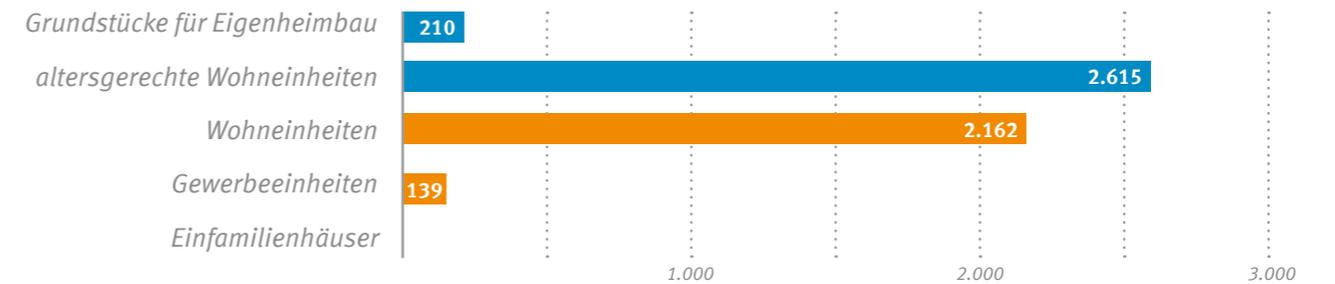
10.000 bis unter 30.000 Einwohner *innen:



5.000 bis unter 10.000 Einwohner *innen:



über 30.000 Einwohner *innen:

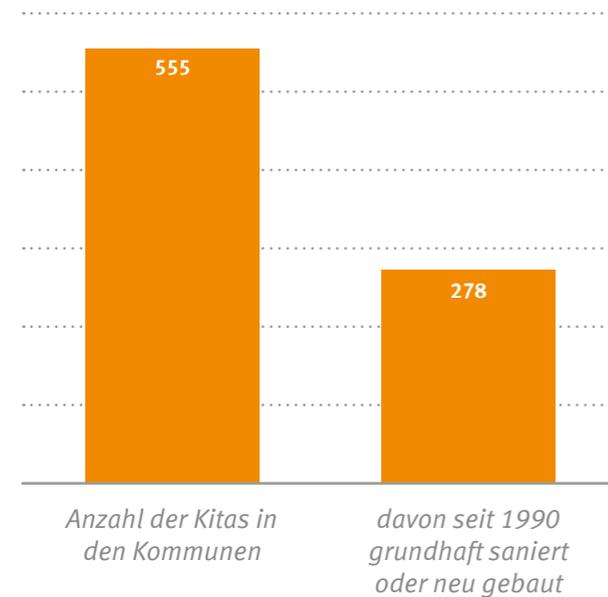


Investitionsbedarf bei Kindertagesstätten

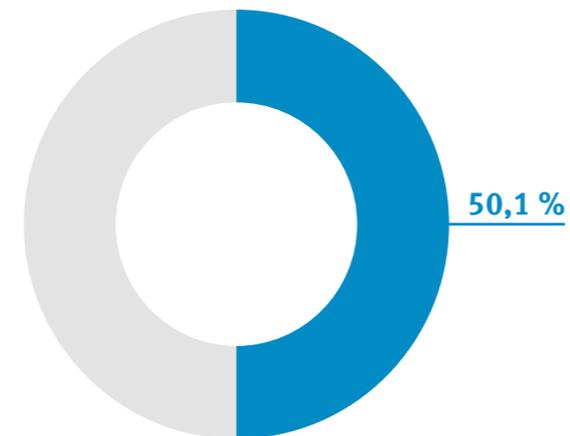
Gesamtübersicht aller Gemeinden, Städte und Verwaltungsgemeinschaften

Die Kommunen, die an der Befragung teilgenommen haben, geben an, dass die Hälfte des Objektbestandes der Kitas seit 1990 grundhaft saniert oder neu gebaut wurde. Im Umkehrschluss bedeutet das jedoch, dass ebenso viele Objekte in den kommenden Jahren einer Sanierung bedürfen, da diese bisher noch nicht saniert wurden. Dafür müssen adäquate Mittel bereitgestellt werden.

Anzahl der von den Kommunen angegebenen Kitas gesamt:

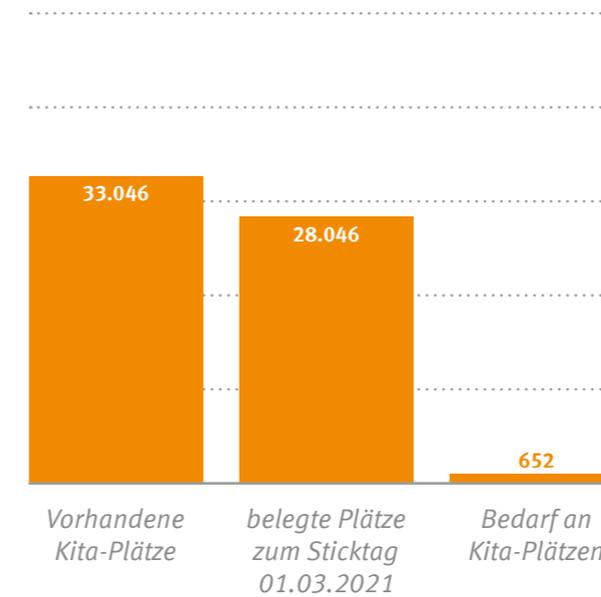


Anteil der sanierten oder neu gebauten Kitas in Prozent:

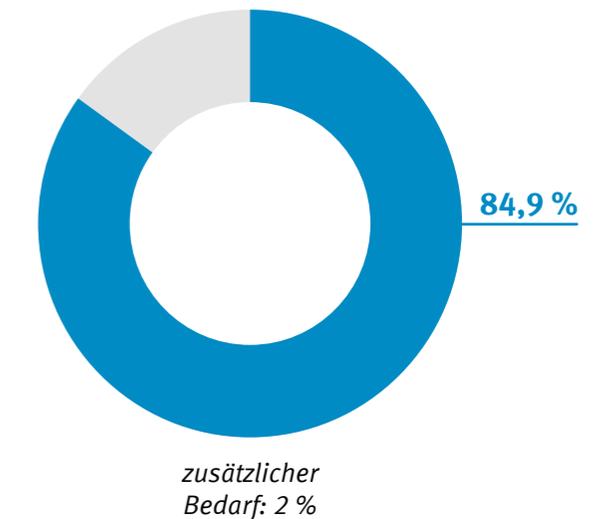


Rund 15 Prozent der vorhandenen Kita-Plätze waren zum Zeitpunkt der Befragung nicht belegt. Nur zwei Prozent, gemessen am vorhandenen Potenzial, werden zusätzlich gebraucht. Obwohl lokale Unterschiede im Belegungsgrad und am Erweiterungsbedarf des Angebots von Kita-Plätzen bestehen, die hier nicht sichtbar gemacht werden können, scheint das Angebot an Kita-Plätzen, landesweit betrachtet, ausreichend zu sein.

Anzahl der von den Kommunen angegebenen Kita-Plätzen gesamt:



Belegungsgrad der vorhandenen Kita-Plätze:



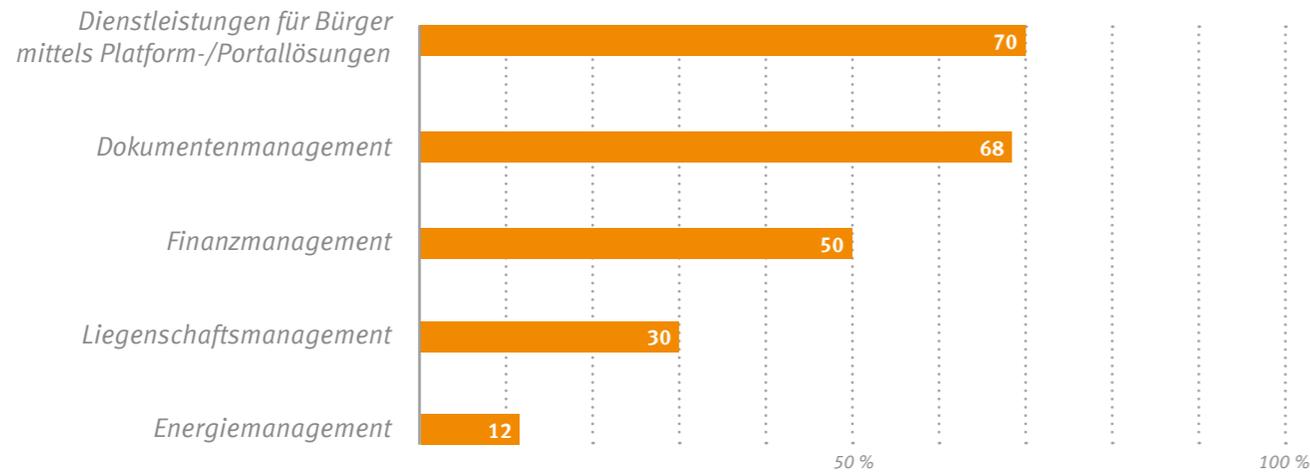
Investitionsbedarf im Bereich Digitalisierung

Gesamtübersicht aller Gemeinden, Städte, Verwaltungsgemeinschaften und Landkreise

Bei der Digitalisierung stehen bei den meisten Kommunen Maßnahmen zum Angebot von plattformbasierten Dienstleistungen für die Bürger*innen, die Digitalisierung der Dokumentationssysteme sowie das Finanzmanagements im Vordergrund. Die Mehrheit der Kommunen benötigt fachliche Unterstützung und setzt auf interkommunale Kooperationen.

Geplante Beschaffung von Softwarelösungen für ...

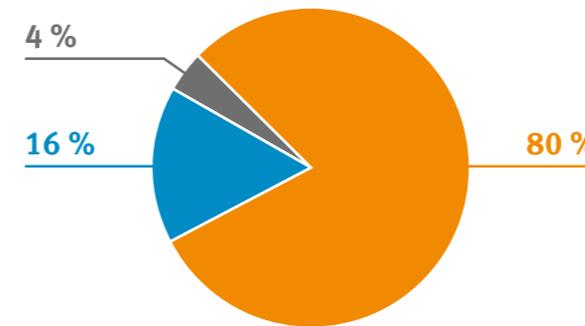
Mehrfachnennungen möglich, Angaben in Prozent



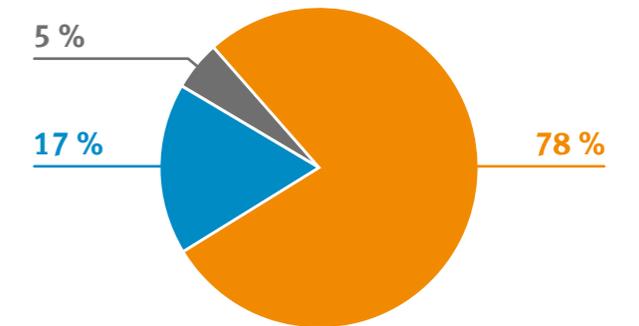
Klimaschutz und Energiemanagement

■ = Ja ■ = Nein ■ = keine Angabe

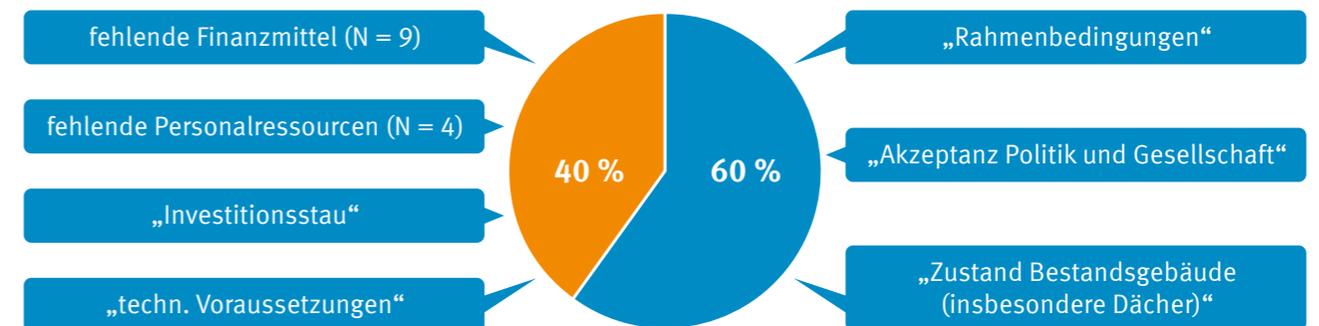
Klimaschutzkonzept vorhanden? (N = 95)



Besitzt die Kommune ein eigenständiges Energiemanagement mit einer entsprechenden Personalstelle? (N = 95)



Gibt es Hemmnisse bei der Umsetzung? (N = 15)



Klimaschutz und Energiemanagement

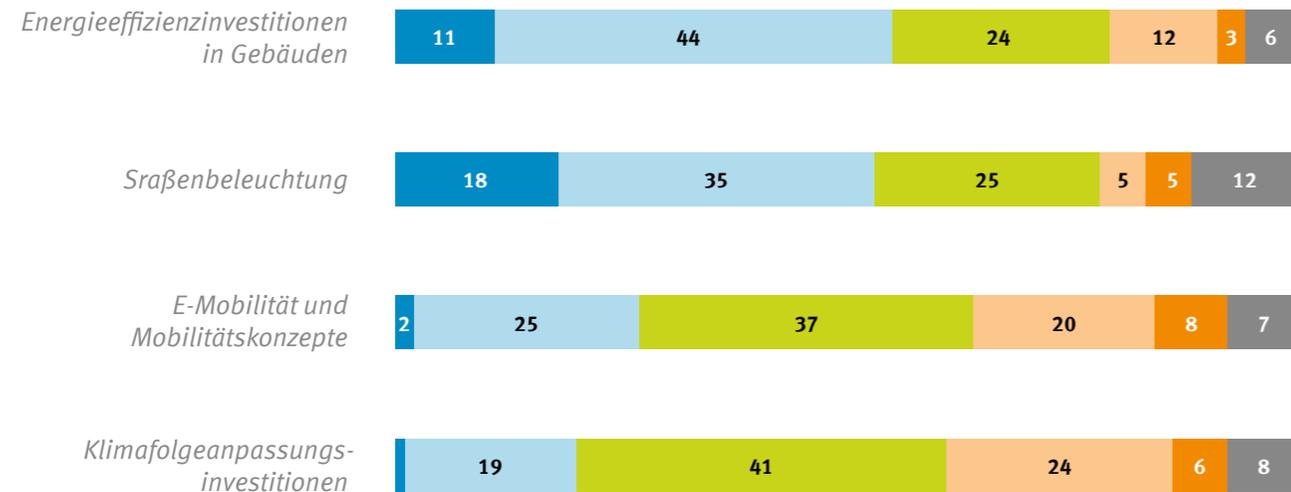
Welche Priorität haben die folgenden Schwerpunkte?

Schwerpunkte beim Energiemanagement liegen für die Kommunen bei Investitionen in der energieeffizienteren Umgestaltung der Gebäude und bei der Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf energieeffizientere Systeme. Über ein Energiemanagementkonzept verfügen jedoch nur wenige Kommunen. Die, die ein solches Konzept haben, beklagen vor allem, dass fehlende finanzielle Mittel und zu wenig Personal die Umsetzung hemmen.

Alle Kommunen

(N = 95) Angaben in Prozent

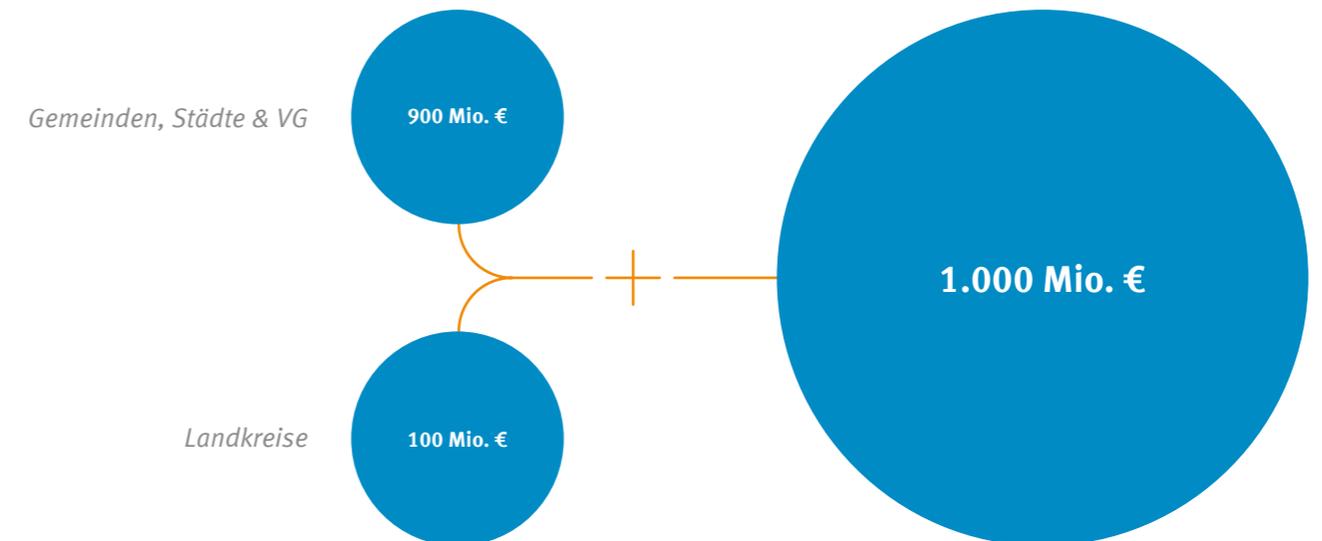
■ sehr hoch ■ hoch ■ mittel ■ gering ■ sehr gering ■ keine Angabe



Zusätzlicher Investitionsbedarf pro Jahr (Dreijahreshorizont)

Auf der Basis der Sachinvestitionen und des Anteils der Zuweisungen 2018 bis 2020 wurden die Sachinvestitionen, bestehend aus den in den Haushalt eingestellten Ausgaben und Zuweisungen, sowie der Gesamtbedarf 2022 bis 2024 simuliert. Das Delta zwischen simulierten Sachinvestitionen und Gesamtbedarf 2022 bis 2024 ist der geschätzte zusätzliche Investitionsbedarf. Für die kommenden drei Jahre schätzen wir diesen auf rund 3 Mrd. €, und durchschnittlich 1 Mrd. € pro Jahr.

Hochrechnung auf alle Thüringer Kommunen in Mio. €



Hemmnisse der Investitionstätigkeit

Während im Vorjahresvergleich die finanziellen Hemmnisse (Verfügbarkeit von Eigenmitteln und Fördermitteln sowie Zuweisungen) rückläufig sind, nehmen die Engpässe bei den personellen Ressourcen bei der Umsetzung der Investitionstätigkeit etwas zu.

Nach wie vor sind zwar die Verfügbarkeit von Eigenmitteln und Fördermitteln die stärksten Hemmnisse, doch mittlerweile sehen auch fast 60 Prozent der Befragten in den Bauausführungskapazitäten in der Bauwirtschaft und 50 Prozent bei der Verfügbarkeit von Planungskapazitäten in der Bauverwaltung Hemmnisse. Diese Wahrnehmung hat seit 2020 deutlich zugenommen. Auch die rechtlichen Rahmenbedingungen werden von 46 Prozent der Befragten, und damit häufiger als 2020 (31 Prozent), als Hemmnisse kritisiert. Als Begründung dafür werden das Vergabegesetz, die Energieeinspeiseverordnung (EnEV) und das Wirtschaftskreislaufgesetz angeführt.

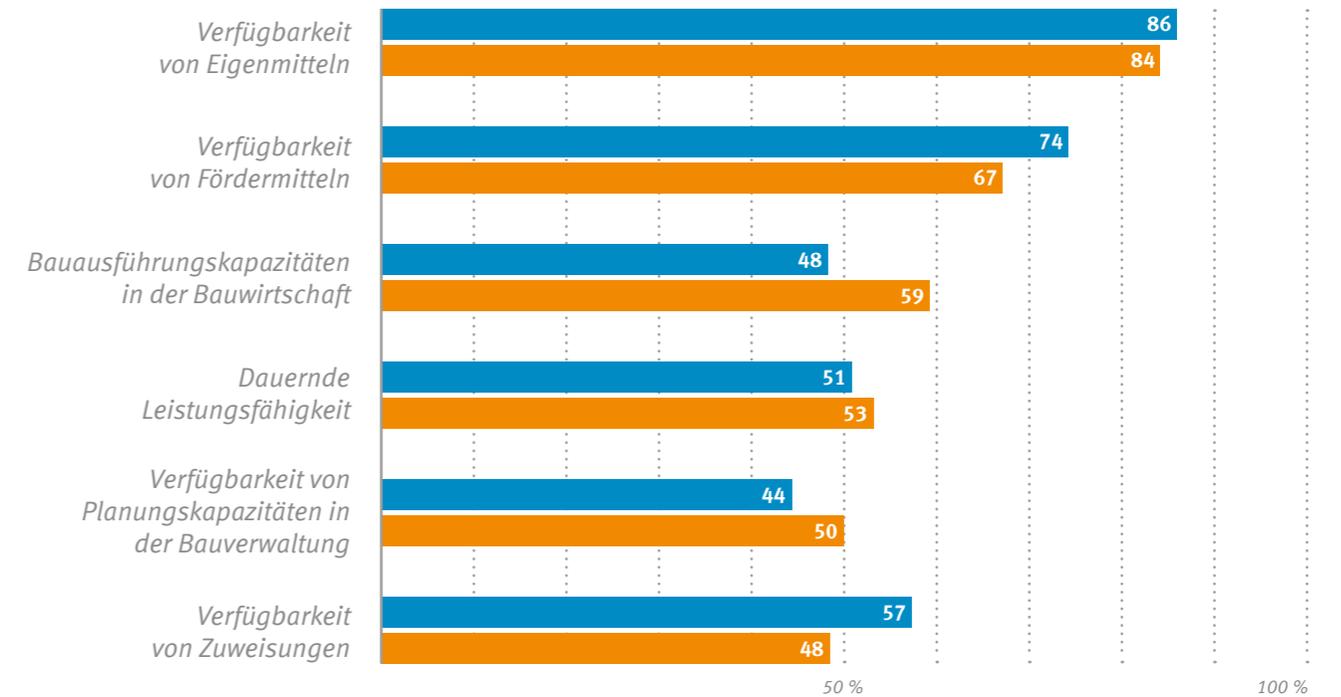


Aufgenommen in Weimar

Hemmnisse der Investitionstätigkeit I

Alle befragten Kommunen im Überblick:

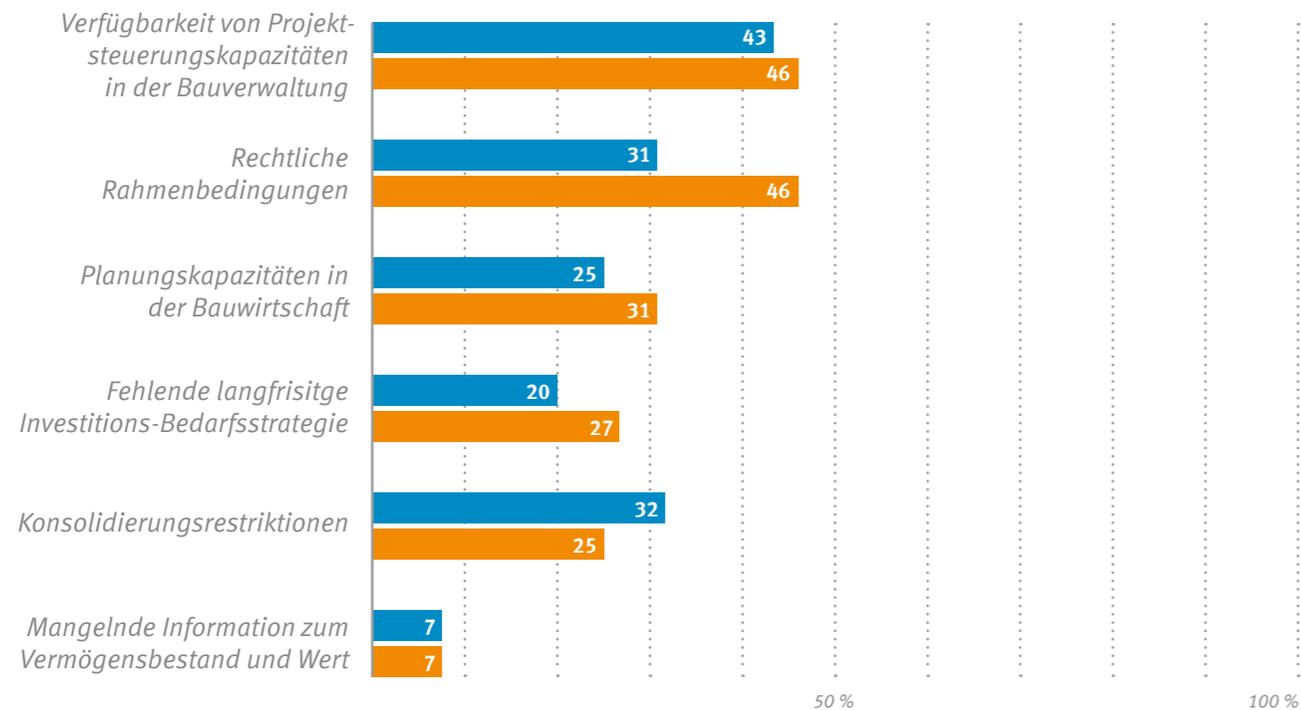
■ = 2020 (N=84) ■ = 2021 (N=95)



Hemmnisse der Investitionstätigkeit II

Alle befragten Kommunen im Überblick:

■ = 2020 (N=84) ■ = 2021 (N=95)



Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie

Die in der Umfrage von 2020 unter den Kommunen weit verbreitete Befürchtung, dass sich die Corona-Pandemie auf die Investitionstätigkeit negativ auswirken könnte, ist offenbar nicht in dem Maße eingetreten. Bei 39 Prozent der Befragten traten Verzögerungen in laufenden Maßnahmen ein (Befürchtungen in 2020 bei 70 Prozent) und bei 20 Prozent der Kommunen mussten Investitionen zurückgestellt werden (Befürchtungen in 2020 bei 68 Prozent).

Die Kompensationsmöglichkeiten, die durch Zuwendungen und Förderprogramme den Kommunen zur Verfügung gestellt wurden, waren für die Mehrheit auch ausreichend. Etwa ein Drittel der Befragten hat sich allerdings mehr Unterstützung gewünscht.

Schätzten in der Umfrage von 2020 noch fast die Hälfte der am Kommunalmonitor 2020 teilgenommenen Kommunen, dass eine Haushaltssicherung wahrscheinlich ist, geben in der aktuellen Befragung nur rund vier Prozent der Befragten (das ist eine Kommune) an, dass eine verpflichtende Haushaltssicherung coronabedingt erforderlich war. Die Befürchtungen haben sich also nicht bestätigt.

Zusammenfassung der Ergebnisse

Die aktuelle Finanzsituation der Kommunen

Bei den meisten Kommunen herrscht nach wie vor in Bezug auf deren finanzielle Situation ein verhaltener Optimismus. Die Gemeinden und Städte stufen ihre Finanzsituation im Durchschnitt als ausreichend und damit trotzdem etwas kritischer als im letzten Jahr ein. Die Verwaltungsgemeinschaften schätzen die Situation der Mitgliedskommunen unverändert als ausreichend ein. Die befragten Landkreise dagegen sehen eine leichte Verbesserung. Sie tendieren heute in ihrer Einschätzung stärker zu einer befriedigenden Lage als noch vor einem Jahr.

Rund ein Drittel der befragten Gemeinden und Städte befindet sich in verpflichtender Haushaltssicherung. Die meisten davon benötigen einen Konsolidierungszeitraum von 7 bis 10 Jahren.

Personalbedarf

Im strategischen Bereich sehen die meisten Kommunen vor allem im Handlungsfeld „Digitalisierung“ zunehmenden Personalbedarf. Der Anteil der Kommunen, die einen Bedarf anmelden, steigt im Vergleich zum letzten Jahr um 10 Prozentpunkte auf nunmehr 74 Prozent. Weitere relevante Handlungsfelder für die Personalentwicklung zeigen sich im investiven Bereich beim „Gebäudemanagement“ und bei der „Projektumsetzung“. Rund 45 bzw. 50 Prozent aller befragten Kommunen zeigen hier Personalbedarf an. Im Bereich der Finanzverwaltung ist es vor allem das Handlungsfeld „Fördermitteleinbindung und –controlling“. Rund ein Drittel der Kommunen benötigt hier zusätzliche personelle Unterstützung. Die Nachfrage der Kommunen nach zusätzlichem Personal ist somit bei der Bewältigung der Herausforderungen der Digitalisierung am größten.

Unterstützung bei der Fördermittelbeschaffung

Eine durchweg hohe Nachfrage nach zusätzlicher personeller Unterstützung besteht bei der Auswahl, der Beantragung und der Abrechnung von Fördermitteln bei Programmen der EU, des Bundes und des Landes. Mehr als 40 Prozent der befragten Kommunen benötigen in den meisten Arbeitsschritten bei allen drei Fördermittelgebern zusätzliche Unterstützung. Besonders hoch ist der Wunsch nach unterstützendem Personal bei der Inanspruchnahme von Bundesprogrammen. Die Identifikation von Förderprogrammen und die Beratung zu Programmen sind dabei wichtige Themen.

Bedarf an Investitionsmitteln

Die Verwaltungsdigitalisierung, die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur und die Investitionen in die Schulen sind die wichtigsten Investitionsziele der Kommunen in den kommenden Jahren. Hier wird der höchste Investitionsmittelbedarf entstehen. Den infrastrukturellen Herausforderungen im Zuge des demographischen Wandels begegnen die Kommunen überwiegend mit dem Aus- und Umbau der vorhandenen Substanz.

Die zusätzlich benötigten Mittel für die Umsetzung aller kommunalen Investitionsziele schätzen wir auf ca. 3 Mrd. Euro für die kommenden drei Jahre.

Hemmnisse der Investitionstätigkeit

Fehlende Ressourcen bei der Umsetzung der Bauplanung und Bauausführung stellen zunehmende Risiken bei der Umsetzung der Investitionstätigkeiten dar. Immer noch sind zwar die Verfügbarkeit von Eigenmitteln und Fördermitteln die stärksten Hemmnisse für die Investitionstätigkeit, jedoch sehen mittlerweile fast 60 Prozent der Kommunen in den Bauausführungskapazitäten in der Bauwirtschaft und 50 Prozent bei der Verfügbarkeit von Planungskapazitäten in der Bauverwaltung Hemmnisse.

Ziel, Methode, Stichprobenqualität

Der Thüringer Kommunalmonitor spiegelt die Situation in den teilnehmenden Gemeinden, Städten, Verwaltungsgemeinschaften und Landkreisen hinsichtlich der Haushaltslage, der Investitionstätigkeit und den Fördermittelbedarfen wider. Wie schon 2020 haben wir auch in diesem Jahr Fragen zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Kommunen aufgenommen. Darüber hinaus gibt es Fragenblöcke zu den Investitionsbedarfen in Bezug auf die Straßeninfrastruktur, die Wohnungswirtschaft, die Kindertagesstätten, die Digitalisierung und das Energiemanagement. Die Fragebögen wurden an die spezifischen Aufgabenfelder der unterschiedlichen Kommunaltypen angepasst. Somit erhielten Gemeinden, Städte, kreisfreie Städte und Landkreise nur die Fragen, die tatsächlich Gegenstand ihrer Arbeit sind. Das sollte die Bearbeitung des Fragebogens für die Teilnehmer*innen vereinfachen und deren Zeit sparen. Diese Befragung gibt den teilnehmenden Kommunen die Möglichkeit, die Thüringer Landesregierung und die Förderinstitutionen, wie die Thüringer Aufbaubank und die GFAW, auf Herausforderungen der kommunalen Arbeit aufmerksam zu machen. Gleichzeitig liefert der Monitor den Kommunen einen guten Überblick über die Gesamtsituation in Thüringen und hilft, die eigene Position im Vergleich zu den anderen Kommunen zu bestimmen. Der Thüringer Kommunalmonitor erfreut sich einer zunehmenden Resonanz unter den Kommunen. Von den 209 im Gemeinde- und Städtebund Thüringens (<https://www.gstb-thueringen.de>) im März 2021 registrierten Städten und Gemeinden mit hauptamtlichen Verwaltungsspitzen, inklusive der 17 Landkreise, haben sich 45,5 Prozent an der diesjährigen Befragung beteiligt. In 2020 lag die Teilnehmer*innenquote bei 32 Prozent. Die Kommunen wurden postalisch und z. T. via E-Mail zur Teilnahme eingeladen.

Wir bedanken uns bei allen Teilnehmer*innen und wünschen Ihnen konstruktive Erkenntnisse bei der Lektüre.

Henry Kreikenbom – 06.10.2021

Methodenkurzbericht

| | |
|-------------------------|---|
| <i>Primärforschung</i> | aproxima Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung Weimar mbH |
| <i>Auftraggeberin</i> | Thüringer Aufbaubank |
| <i>Erhebungsmethode</i> | postalische Befragung und Befragung via E-Mail |
| <i>Auswahlverfahren</i> | Öffentliche Adressliste N = 209 Adressen von Gemeinden, Städten, Verwaltungsgemeinschaften und Landkreisen des Freistaats Thüringen |
| <i>Stichprobe</i> | N=95 Interviews Ausschöpfungsquote: 45,5 Prozent |
| <i>Feldzeit</i> | 25. Mai bis 31. August 2021 |
| <i>Bearbeitet von</i> | Dr. Henry Kreikenbom, Dr. Yvonne Ludewig, Alexander Schilling, Undine von Lucadou |

23. & 24. März 2022 – Weimar

Fachkongress für die öffentliche Hand

Hochkarätige Vorträge und Panels: Gleichwertige Lebensverhältnisse, Nachhaltigkeit, Mobilität, Digitalisierung und Fördermittel



Exklusive Vorabendveranstaltung mit prominenten Gästen und Beiträgen aus Politik und Wirtschaft



Praxisbezogene Fachtagung:

- Nachhaltige Infrastruktur – Herausforderung und Chance für die öffentliche Hand
- Künftige Ausrichtung der Förderung nachhaltiger Infrastruktur von EU, Bund und Ländern
- Fachforen zum Klimaschutz im kommunalen Hochbau, zu Mobilität und Digitalisierung



Jetzt anmelden!

